



Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

18. November 2014

Straßenausbauprogramm 2020 Sieben Anmerkungen

In der Gemeindevertreterversammlung am 18. September 2014 wurde die erste Fortschreibung des Straßenausbauprogramms 2020 beschlossen. Seit Ende vergangenen Jahres äußerten Gemeindevertreter und die Verwaltung wiederholt den Wunsch, den weiteren Straßenausbau langsamer als bisher geplant anzugehen. So soll für die Planung und Vorbereitung der jeweiligen Vorhaben mehr Zeit für die Bürgerbeteiligung, die Diskussion in den Ausschüssen und in der Gemeindevertretung zur Verfügung stehen. Außerdem würde das auch die Finanzierung erleichtern.

Die Fortschreibung sieht jetzt eine Verlängerung des Ausbaus bis 2022 vor. Doch erscheint unserer Fraktion das Tempo und die finanzielle Belastung immer noch zu hoch.

1. Geplant ist, weiterhin pro Jahr durchschnittlich 8 bis 9 Straßen auszubauen. Das heißt: Für jede Straße mindestens eine Anliegerversammlung, zwei Lesungen im Ortsentwicklungsausschuss, je eine Diskussion im Hauptausschuss und in der Gemeindevertretung. Diese Sitzungen müssen vom Bauamt vorbereitet und begleitet werden. Das erfordert eine Vielzahl von Verwaltungsakten, wie Vorausleistungsbescheide, die Bearbeitung von Widersprüchen, Ausschreibungen, Auftragsvergaben sowie den Erlass von Beitragsbescheiden. Wir meinen, Zeitdruck und Überlastung tun einer Sache selten gut.

2. Die grundhaft auszubauenden Anliegerstraßen, meist Verkehrsmischflächen (Tempo 30), müssen im Interesse der Anwohner so gestaltet sein, dass sie für Durchgangsverkehr unattraktiv bleiben. Von uns wird für diese Straßen eine Fahrbahnbreite von 4 m favorisiert. Aktuell zu überprüfen ist der bauliche Zustand einiger vor langer Zeit befestigter Straßen. Auch hier sehen wir in einigen Fällen Ausbaubedarf, weil sie ihre Funktion nur teilweise erfüllen

oder Anlieger durch Lärm und Erschütterungen stark belasten.

3. Durch den grundhaften Ausbau bisher unbefestigter Straßen findet eine massive Versiegelung des Bodens statt. Ein großer Teil der Niederschläge verdunstet so auf den Straßenoberflächen. Bei Starkregen aber wird oft das gesamte Straßenumfeld überflutet. Angesichts des Klimawandels sollten wir überlegen, ob jede kleine Anliegerstraße mit einer Asphalt- oder Pflasterdecke versiegelt werden muss.

4. Petershagen/Eggendorf ist vorwiegend eine Einfamilienhaussiedlung. Ein Viertel der Einwohner sind Senioren. Ihr Anteil wird bis zum Jahr 2030 auf 38% steigen. Durch die nach 1990 oft unterbrochenen Erwerbsbiografien haben viele Grundstückseigentümer nur eine kleine Rente (Durchschnitt in Brandenburg: 866 €).

Diese Fakten sollten uns veranlassen, Straßen nur mit dem Kostenaufwand auszubauen, der für ihre Funktion, Verkehrssicherheit und Haltbarkeit unbedingt erforderlich ist. Auch den Eigentümern eingeräumte jahrelange Ratenzahlungen belasten nicht nur den Gemeindehaushalt, sondern schränken die Lebensqualität der betroffenen Bürger ein.

5. Der Straßenausbau belastet den Haushalt der Kommune, obwohl sie nur 10% der Planungs- und Baukosten zu tragen hat. Lange bevor die Anlieger ihre Erschließungsbeiträge in die Gemeindekasse einzahlen, muss die Kommune gegenüber Planungsbüros und Baufirmen in Vorkasse treten. Je aufwändiger der Ausbau einer Anliegerstraße vorgenommen wird, desto höher liegen selbstverständlich die Kosten für die folgenden Abschreibungen. Solche Überlegungen sollten bei der Weiterführung des Programms ebenfalls mehr Beachtung finden.

6. Das Bauamt wird durch die Vielzahl der Straßenbaumaßnahmen (siehe Punkt 1) seit längerem stark belastet. Für die Vorbereitung und Begleitung

Geht doch!

Bereits 2010 haben DIE LINKEN dem Bürgermeister nahegelegt, auch für unsere Gemeinde das Internet-Portal MAERKER zu übernehmen.

Mitte 2014, also nach über vier Jahren (!), ist das gelungen, meldeten verschiedene Blätter. Unsere Idee war wohl doch nicht verkehrt.

Aber funktioniert MAERKER auch? Ich mache die Probe und melde am 3. November 2014 um 7.56 Uhr online der Gemeindeverwaltung eine (tatsächlich) defekte Straßenbeleuchtung. Mein Hinweis ist ab sofort für jeden sichtbar. Über die von mir angegebene Mailadresse erhalte ich bereits am selben Tag um 16.08 Uhr eine erste Antwort: „Das Problem wurde erfasst und an die zuständige Elektrofirma weitergeleitet.“ Das nenne ich eine schnelle Reaktion! Fortsetzung folgt, hoffentlich auch, wenn Sie maerkern.

Wilfried Hertel

7. Nov., 18.30 Uhr: Die Lampe leuchtet wieder!

übrigens...

funktioniert ÖPNV auf Dauer nur, wenn jeden Tag viele mitfahren. Nutzen Sie unseren City-Bus regelmäßig!

anderer wichtiger Investitionen, wie den An- und Umbau der Grundschule Eggendorf, den Neubau der Gemeindebibliothek und den dringend notwendigen Bau von altengerechten kommunalen Wohnungen bleibt da kaum Kapazität. Es geht darum, durchaus verschiedenen Aufgaben besser gerecht werden zu können.

7. Der Ausschuss für Ortsentwicklung, Wirtschaft und Tourismus ist dafür zuständig, neben dem Straßenbau eben auch Wirtschaft, Gewerbeansiedlung und Tourismusangebote zu fördern. Wegen der Konzentration auf den Straßenausbau droht das derzeit im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke zu bleiben.

Also: Wir brauchen für den weiteren Straßenausbau etwas mehr Zeit, dass andere Aufgaben und die Akteure nicht unter die Räder kommen.

Klaus Körner, Fraktionsvorsitzender

Rot-Rot, die Zweite: DIE LINKEN im Landtag

Zukunft mit gestalten, jetzt!

Ein in vielen Punkten solide verfasster Koalitionsvertrag liegt auf dem Tisch: Vier Offensiven – für Bildung, Sicherheit, Innovation und bessere Verwaltung – sollen "Brandenburgs Aufbruch vollenden".

Mit landesweit 4.300 neuen LehrerInnen können sich Schulen Richtung in Gemeinschaftsschule entwickeln, als Lern- und Lebensort für alle Kinder.

Da jetzt 7.800 PolizistInnen im Land weiter arbeiten sollen, könnten die Folgen der verfehlten CDU/SPD-Reformen überwunden werden, eben für mehr Sicherheit im Land.

Zusätzlich 230 Mio. € werden ab 2016 in kommunale Infrastruktur investiert. Davon sind 100 Mio. € allein für Landesstraßen vorgesehen, steht im Vertrag. Die Chancen für die Altlandsberger Chaussee in Eggersdorf (L33) sind also nicht schlecht. „Dranbleiben“ müssen wir trotzdem.

Allerdings dürften die von der SPD erneut beabsichtigte Zusammenlegung von Landkreisen oder der angeblich "demokratisch integrierte" Verfassungsschutz des Landes zu einer Fortsetzung des Meinungsstreits führen. Die Überschrift des Koalitionsvertrages verspricht, dass "sicher, selbstbewusst und solidarisch" Politik gemacht werden soll. Was es heißen kann, dabei das linke Profil zu schärfen, beschrieb unser Vorsitzender Bernd Rie-xinger so: „Demokratische Sozialisten wollen weiter, als die jetzigen Regierungskompromisse reichen. Wir brauchen Verbündete für politische Lösungen, die nachhaltig soziale, ökologische, demokratische und solidarische Veränderungen bewirken. Das müssen wir, das muss unsere Politik nun jeden Tag glaubwürdig erkennen lassen.“

Über ein Direktmandat wiedergewählt möchte ich Sie in diesem Sinne bitten: Nehmen Sie uns beim Wort und machen Sie doch einfach mit!

Ihre Fragen, Ideen und Vorschläge, ihr Mittun und Kritik nehme ich gern mit, auch bis nach Potsdam.

Kerstin Kaiser, MdL

DIE LINKE im Land Brandenburg

hat im Oktober allen Mitgliedern den mit der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag zugesandt. Sie sollten darüber entscheiden, ob auf dieser Grundlage die gemeinsame Regierungstätigkeit fortgesetzt werden kann. Das Ergebnis:

Beteiligung	75,74%
Ja	92,44%
Nein	5,91%
Enthaltung	1,65%

Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages

PRÄAMBEL

SICHER, SELBSTBEWUSST UND SOLIDARISCH: BRANDENBURG AUFBRUCH VOLLENDEN.

Hervorgegangen aus der friedlichen Revolution in der DDR vor einem Vierteljahrhundert, hat sich Brandenburg zu einer dynamischen und lebenswerten Region mitten im neuen Europa entwickelt. Immer stärker zahlen sich mittlerweile die außerordentlichen Anstrengungen aus, mit denen die Brandenburgerinnen und Brandenburger ihr Land seit den schwierigen Anfangsjahren nach 1990 aufgebaut haben. Mit seiner günstigen Wirtschaftsentwicklung, seiner modernen industriellen Basis, seiner deutlich gesunkenen Erwerbslosigkeit, seinen soliden öffentlichen Finanzen, seinem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und seiner gewachsenen gesellschaftlichen Offenheit steht Brandenburg heute so gut da, wie noch niemals zuvor in seiner jungen Geschichte.

Die Herausforderungen der kommenden Jahre können wir deshalb selbstbewusst angehen. Jetzt kommt es darauf an, dass wir unsere aus eigener Kraft erarbeiteten Möglichkeiten konsequent nutzen und die entstandenen Handlungsspielräume erweitern. Schon heute kehren immer mehr abgewanderte Brandenburgerinnen und Brandenburger zu uns zurück. Doch unser Land soll für alle seine Bürgerinnen und Bürger noch mehr Perspektiven bieten. Unseren Kindern und Enkeln wollen wir ein zukunftsfestes und wirtschaftlich stabiles Brandenburg hinterlassen, das sich mit den attraktivsten Regionen Europas messen kann – ein anziehendes Land, in dem die Menschen gerne leben.

Brandenburg ist in vielerlei Hinsicht ein Land im Wandel – vor allem deswegen, weil Brandenburgerinnen und Brandenburger immer aktiver ihr eigenes Leben gestalten. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass dieses Engagement die demokratische Kultur bereichert.

In ihren unterschiedlichen politischen Zusammensetzungen haben alle bisherigen Brandenburger Regierungen seit 1990 wichtige Beiträge zum Gedeihen unseres Gemeinwesens geleistet. Unter dem programmatischen Leitmotiv „Gemeinsinn und Erneuerung – Ein Brandenburg für alle“ hat die Koalition aus SPD und DIE LINKE die Entwicklung unseres Landes vorangetrieben. Im Ergebnis ist Brandenburg in den vergangenen fünf Jahren zugleich ökonomisch erfolgreicher und sozial gerechter geworden. Wir in Brandenburg haben verstanden: Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Fortschritt, ökologische Modernisierung und demokratische Teilhabe gehören zusammen und bedingen einander. Im Lichte dieser fundamentalen Einsicht sind SPD und DIE LINKE entschlossen, ihre erfolgreiche Zusammenarbeit zum Nutzen Brandenburgs in der neuen Wahlperiode bis 2019 fortzusetzen und auf

eine neue Grundlage zu stellen.

Auch in Zukunft wird es mit uns keinerlei Verklärung der SED-Diktatur geben, auch weiterhin erwächst für uns aus dem Unrecht der Jahrzehnte vor 1989 der Auftrag, energisch für freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und gesellschaftlichen Pluralismus einzutreten. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten unvermindert den Opfern der Diktatur, die Erinnerung an erlittene Repressalien werden wir weiter wach halten.

Im Bewusstsein unserer unterschiedlichen politischen Herkunft wenden wir uns gemeinsam den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes zu. Diese betreffen nicht zuletzt die vielfältigen Folgen des demografischen Umbruchs unserer Gesellschaft, die außerordentlich stark voneinander abweichenden Entwicklungstendenzen in berlinnahen und berlinfernen Landesteilen, den zunehmenden Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs in Wirtschaft und Verwaltung sowie das Auslaufen der Sonderförderung für die ostdeutschen Bundesländer bis 2019.

Das Leben in Brandenburg ist in den zurück liegenden Jahren in vielerlei Hinsicht besser, aber nicht für alle einfacher geworden. Einkommen und Lebenshaltungskosten stehen oft in einem anhaltenden Spannungsfeld. Berufseinstiegschürden, Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut bilden für viele eine Barriere zur Teilhabe am Wohlstand des Landes. Auch die Kinderarmut ist ein bedrückendes Problem. Die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten sind hier begrenzt, aber wir finden uns damit nicht ab – nicht gegenüber dem Bund und auch nicht im eigenen Land. Mit den Netzwerken für Gesunde Kinder und dem Schüler-Bafög haben wir eigene Instrumente entwickelt und damit gezeigt, dass wir mehr können als auf den ersten Blick möglich erscheint. Brandenburg war mit seinem Vergabegesetz auch ein Vorreiter in Deutschland für den allgemeinen Mindestlohn. Unser Ziel heute und jetzt ist nicht nur ein verlässliches existenzsicherndes gesetzliches Mindestlohnniveau, sondern wir wollen die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Jede und Jeder durch „Gute Arbeit“ ein auskömmliches Leben führen kann.

Auf eine Fortsetzung der günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre können wir uns nicht allein verlassen. Umso energischer, zielgerichteter und vorausschauender müssen wir deshalb in den kommenden Jahren auf sämtlichen Feldern der Landespolitik agieren.

Unsere Politik für Brandenburg folgt dabei klaren Prinzipien. Eine starke, wirtschaftlich erfolgreiche und zugleich solidarische

Gesellschaft entsteht nur dort, wo alle Menschen die Gelegenheit erhalten, ihre spezifischen Fähigkeiten zu entwickeln, zu erweitern und einzubringen. Qualifizierte Menschen sind die Grundlage jeder innovativen Wirtschaft – erst eine innovative Wirtschaft wiederum schafft gut bezahlte Arbeitsplätze und Spielräume für sozialpolitische Verteilung. Wir werden mit aktiv vorsorgender Sozial- und Gesellschaftspolitik größere Lebens- und Aufstiegschancen für immer mehr Menschen ermöglichen. Weder einzelne Menschen noch Gruppen oder gar ganze Regionen dürfen von der Entwicklung unserer Gesellschaft abgehängt werden. Soziale und innere Sicherheit gehören für uns zusammen. Nur wo die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können, dass in ihrer Heimat sichere Verhältnisse herrschen, kann sich eine freie, lebenswerte und solidarische Gesellschaft auf Dauer entfalten. Aus diesen klaren Prinzipien ergeben sich klare politische Prioritäten. In Brandenburg werden wir in den kommenden fünf Jahren vor allem auf vier Gebieten mit großem Nachdruck in die Offensive gehen:

- Mit Tausenden neuen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern wollen wir die Qualität unserer Bildungseinrichtungen nachhaltig steigern und dabei zeigen, dass Leistungsorientierung mit Chancengleichheit einhergeht.
- Mit einer Sicherheitsoffensive werden wir energisch darauf hinwirken, vor allem die organisierte Kriminalität in Brandenburg deutlich zurückzudrängen.
- Mit einer Investitionsoffensive wollen wir unsere Landesstraßen sowie die Infrastruktur in unseren Kommunen verbessern.
- Mit passgenauen Verwaltungsreformen werden wir die öffentlichen Dienstleistungen in Brandenburg zukunftsfest machen und modernisieren.

Brandenburgs große Stärke liegt im gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die vielen gesellschaftlich engagierten Menschen, ob in demokratischen Parteien, als verantwortungsbewusste Unternehmer, in Gewerkschaften oder als Betriebsräte, in Kirchen sowie zahllosen Vereinen, Initiativen und Verbänden tragen dazu bei, unser Land Schritt für Schritt zu einer immer lebenswerteren Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger zu machen. Gemeinsam mit ihnen werden wir Brandenburg weiter voran bringen. Gemeinsam mit ihnen allen werden wir die freundschaftlichen Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn weiter vertiefen. Gemeinsam mit ihnen allen werden wir dafür sorgen, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in einem weltoffenen Brandenburg keinen Platz haben.

Viel wurde in den vergangenen 25 Jahren bereits geschafft, große Aufgaben liegen noch vor uns. Kraftvoll und zielgerichtet, mit klaren Prinzipien und klaren Prioritäten werden SPD und DIE LINKE deshalb in den kommenden fünf Jahren den Auf-

bruch unseres Landes vollenden. Im Jahr 2019 endet der Solidarpakt. Unser Ziel ist ein Brandenburg, das dann selbstbewusst auf eigenen Füßen steht. Brandenburgs Erfolgsgeschichte soll auch im zweiten Vierteljahrhundert seines Bestehens weitergeschrieben werden. Mit Sicherheit, mit Selbstbewusstsein, mit Solidarität.

Koalitionsvertrag: www.dielinke-brandenburg.de

Unsere Minister in der neuen Landesregierung



Christian Görke, Finanzminister
und stellv. Ministerpräsident



Diana Golze, Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Familie



Dr. Helmut Markov, Minister für Justiz,
Europa und Verbraucherschutz

Fehlstart und Aussicht

Der neue Kreistag wurde am 25. Mai gewählt. SPD und CDU haben sich zusammen getan, um gemeinsam eine Mehrheit zu schaffen. Das hat sich wohl komplizierter gestaltet, als angenommen. Die konstituierende Sitzung fand am 16. Juni 2014 statt, doch die neuen Ausschüsse wurden erst Monate später besetzt und einberufen. Das haben wir Linke mehrfach öffentlich kritisiert, denn Arbeit wartet genug – leider blieb unsere Kritik ohne Erfolg. Die ersten Beratungen des Bildungsausschusses und des Ausschusses für Landwirtschaft fanden z. B. erst Ende Oktober statt! Verantwortliches Handeln sieht anders aus. Überhaupt war der Beginn der Kreistagsarbeit unerfreulich. Das begann schon damit, dass es nicht einmal eine würdige Verabschiedung des bisherigen Vorsitzenden gab. Wolfgang Heinze hatte diese Aufgabe 20 Jahre lang mit großer Kompetenz, Ruhe und Sachlichkeit anerkannt gut erfüllt. Also muss auch um guten Stil neu gerungen werden...

Die Linken im Kreistag haben inzwischen auf einer Klausurtagung ihre Schwerpunkte für die Arbeit in den nächsten Monaten festgelegt. Ganz vorn stehen der noch attraktiver auszugestaltende Nahverkehr als Alternative zum Auto, der Erhalt und die moderne Ausstattung der öffentlichen Schulen sowie sozial gerecht gestaffelte Schülerbeförderungskosten.

Unser Landkreis soll sich weiter als Gesundheitsregion profilieren, vor allem mit der Modernisierung des kommunalen Kreiskrankenhauses Strausberg/Wriezen/Kurklinik Bad Freienwalde und dem weiter auszubauenden medizinischen Versorgungszentrum in Strausberg.

Auch die touristische Infrastruktur und die Kulturstätten müssen auf Dauer vervollkommen und gesichert werden, gerade deshalb, weil die bisherige Kultur GmbH des Kreises derzeit abgewickelt wird.

Rechnerisch bestünde vielleicht eine Chance, die von den Gemeinden zu leistende Kreisumlage erneut zu senken. Wir halten es jedoch für sinnvoll, zuerst eine Rücklage zu bilden, um den Kreis nachhaltig besser handlungsfähig zu machen (in Gemeinden mit gesundem Haushalt sind Rücklagen eine Selbstverständlichkeit).

Die Praxis wird zeigen, mit wem wir diesen Zielen gemeinsam näher kommen.

Gabriele Gottschling, Kreistagsabgeordnete

Wo finden Bürger Hilfe?

Soziale Beratung dringend notwendig

Es hängt oft nicht nur vom Alter ab, wann ein Mensch Hilfe braucht. Selbst schon lange stark sehgeschädigt, weiß ich sehr wohl, wo ich jeden Tag an Grenzen stoße, was meine Familie und andere für mich tun. Doch auch wer mit eigenen Augen sehen kann, hat es oft schwer, sich im bundesdeutschen Paragrafendschubel zurecht zu finden.

Im Oktober hat der Bundestag eine 5. Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) als erste Stufe einer Pflegereform unter dem Titel „Erstes Pflegestärkungsgesetz“ verabschiedet. Die vorgesehene Leistungserhöhung und Entlastung von pflegenden Angehörigen kann man als ersten kleinen Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden Pflegereform betrachten.

Allerdings sind die meisten vorgeschlagenen Betreuungs- und Entlastungsmaßnahmen für antragstellende Pflegebedürftige und deren Angehörige weder leicht überschaubar noch einfach zu beantragen. Sich bei den unterschiedlichen Hilfsangeboten auskennen und die vielen komplizierten Anträge auszufüllen, kostet die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen viele Nerven, Zeit und Geld. Ohne sachkundige Beratung und Pflegebegleitung wird Hilfe für die meisten wahrscheinlich ausbleiben.

Obwohl im Flächenland Brandenburg Pflegebedürftige vor allem durch Angehörige versorgt werden (77%), gibt es hier nur 19 Pflege- und Beratungsstützpunkte. Das ist nur einer für rund 130.000 Einwohner. Das Land Berlin mit seinem fast perfekten Nahverkehrsnetz hat immerhin 28 Pflegestützpunkte und viele Selbsthilfeorganisationen mit einem Beratungsangebot. Im Landkreis Märkisch-Oderland gibt es sogar nur einen einzigen Stützpunkt (in Strausberg) für ca. 190.000 Einwohner! Aber für MOL wird prognostiziert, dass bis zum Jahre 2025 die Anzahl der Pflegebedürftigen um 86% steigt (von 8.000 auf 14.300, davon 5.500 Demenzerkrankte).

Deshalb fordern Senioren- und Behindertenverbände angesichts unseres gegliederten Sozialsystems und der daher notwendigen zahlreichen, komplizierten Antragsverfahren mehr soziale und rechtliche Beratung.

Auf den ständig wachsenden Pflege- und Beratungsbedarf im Land reagieren SPD und LINKE mit ihrem neuen Koalitionsvertrag:

„Mit einer Pflegeoffensive wird die Koalition die Pflegeversorgung sichern und in leistungsfähige Netzwerke investieren. Vorrang hat weiterhin die ambulante Pflege. Die Pflegestützpunkte und Anlauf- und Beratungsstellen in den Kommunen werden weiter unterstützt. ‚Pflege im Quartier‘ wird so ermöglicht.“

Die Linksfraktion in unserer Gemeindevertretung hat in ihrem Beschlussantrag zur Seniorenpolitik vom 22. Mai 2014 von der Verwaltung die Einrichtung einer sozialen Beratungsstelle gefordert. Diese könnte als gemeinsame freiwillige Aufgabe auch von mehreren Gemeinden zusammen betrieben und finanziert werden.

Trotz spürbarer Verbesserungen durch das neue Gesetz wird durch die eingeleitete sogenannte Pflegereform die Last der Pflege zunehmend den Angehörigen aufgebürdet, anstatt vermehrt den Staat und das Sozialversicherungssystem in die Pflicht zu nehmen. Die skandinavischen Länder haben da längst bessere Lösungen.

DIE LINKE tritt dieser Tendenz entgegen, staatliche Aufgaben entweder zu privatisieren oder ehrenamtlich tätigen Bürgern überzustülpen. Steuergelder sollten nicht für Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Anschaffung von Kampfdrohnen verschwendet, sondern zum Wohl unserer älter werdenden Gesellschaft genutzt werden.

Der Einsatz von kompetenten Lotsen in den Kommunen, die Bürgerinnen und Bürgern helfen, ihre Rechte wahrzunehmen, ist ein längst überfälliger Schritt.

Klaus Körner

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnvollen Auszügen vor.



Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz Wolfgang Zielke
Elbestr. 5 Bötzeestr. 120 b
15370 Petershagen 15345 Eggersdorf

auf den Punkt gebracht

UNSER KURZINTERVIEW

mit Frau **Annelore Hofmann**,
Gemeindevertreterin (parteilos),
Fraktion DIE LINKE

- **Mit drei Männern in der Fraktion – wie besteht da eine Diplom-Mathematikerin?**

Na, auch eine Gärtnerin hätte hier sicher kein Problem, denn wir wollen gemeinsam die Dinge voranbringen, für die wir gewählt wurden. Mit „Mathe“ habe ich bei einem großen Unternehmen jahrelang meine Brötchen verdient. Derart klares Denken und Steuern mit Zielen, Kennzahlen und Maßnahmen ist sicher auch im Finanzausschuss hilfreich.

- **Aber wie ist das, ohne Mitglied zu sein, sogar über Geld mit zu entscheiden?**

Das hat schon mit Vertrauen zu tun, doch nicht blind. Wir haben uns seit Jahren in der Gemeinde engagiert, dabei kennen und schätzen gelernt. Außerdem wird über alle wichtigen Entscheidungen vorher in der Fraktion Klartext geredet, gerade wenn es Geld kosten soll.

- **Was ist ihnen ganz persönlich wichtig, bevor in ein paar Jahren die nächste Gemeindevertretung zu wählen ist?**

Sich um Kinder und Jugendliche zu kümmern, ist in Petershagen/Eggersdorf schon lange Konsens. Aber ich will mich besonders dafür einsetzen, dass es auch für Senioren und Behinderte messbare Verbesserungen gibt. Straßen und Parkbänke allein reichen nicht.

Es ist in den letzten Jahren viel analysiert und ausgewertet worden – jetzt muss der Nahverkehr auf Dauer stabilisiert, die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum verbessert und vor allem bezahlbares sowie betreutes Wohnen wirklich erweitert werden... Das alles braucht mehr Power und einen langen Atem.

- **Sie haben sich vor einiger Zeit im Ehrenamt als Behindertenbeauftragte eingebracht. Warum nun in der Fraktion einer Partei?**

Um „meine“ Interessen langfristig zu verfolgen, brauche ich zuverlässige Verbündete, die problemoffen und konstruktiv mit mir zusammenarbeiten. Hier muss ich nicht um einen Posten und seinen Einfluss kämpfen, hier kann ich Sacharbeit mit Qualität leisten. Wenn ich sehe, wie gerade versucht wurde, das Ehrenamt des Seniorenbeauftragten zu demontieren, habe ich mich wohl richtig entschieden.

Da bleibt mir nur, Ihnen Erfolg zu wünschen.

Vielen Dank!

Fragen: Max-Ulrich Kühn